

In der nächsten Woche freuen wir uns darauf, dass Papst Benedikt der XVI. nach Deutschland kommt. Dies ist bereits sein dritter Besuch in seinem Heimatland, und er wird ihn nach Berlin, Erfurt, ins Eichsfeld und nach Freiburg führen. Ich selbst werde die Möglichkeit haben, den Papst persönlich zu treffen, worauf ich mich besonders freue.

Die katholische Kirche ist weltweit verankert. Sie trägt damit auch eine weltweite Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt. Diese Rolle ist in unseren Zeiten von unschätzbarem Wert.

Wenn der Papst nach Deutschland kommt, kommt er allerdings auch in das Land der Reformation. Und wir bereiten uns gerade in der Dekade bis 2017 auf 500 Jahre Reformation in Deutschland vor. Deshalb wird der Aspekt der Ökumene auch ganz besonders im Mittelpunkt des Besuchs des Papstes sein. Ich freue mich, an der ökumenischen Andacht in Erfurt teilnehmen zu können.

Ich denke, es ist wichtig, die Einheit der Christen in unserer Zeit wieder zu betonen, denn die Säkularisierung schreitet voran, und das Gemeinsame des christlichen Glaubens sollte immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

Religion, das ist die Voraussetzung für mich und viele andere dafür, dass wir die Würde des Menschen als unantastbar und unteilbar empfinden. Wir verstehen den Menschen als Geschöpf Gottes und das leitet uns auch in unserem politischen Tun.

Die Tatsache, dass wir Gottes Geschöpf sind, weist uns darauf hin, dass wir auf der einen Seite eine große Verantwortung haben für das Leben in der Welt in Gerechtigkeit und Frieden – und auf der anderen Seite darauf hin, dass jeder Mensch auch fehlbar ist. Ich glaube, es ist ein sehr wichtiges Zeichen, dass uns der Besuch des Papstes in Deutschland wieder in Erinnerung rufen wird, wie sehr wir vom christlichen Glauben geprägt sind – in Deutschland, aber auch in Europa insgesamt.

Aus dieser Kraft heraus sollten wir auch den Dialog der Religionen weltweit fördern. Die Bundesregierung tut dies, indem sie sich dafür einsetzt, dass Menschen jedweder Religion nicht verfolgt werden. Das gilt für uns auch ganz besonders für Christen. Christen sind die Religion, die weltweit am meisten unter Verfolgung zu leiden hat.

Wir werden als Politiker auch immer ein klares Zeichen dafür setzen, dass im Namen von Religion keine Gewalt ausgeübt werden kann. Egal aus welcher Richtung dies kommt. Gerade vor wenigen Tagen haben wir des zehnten Jahrestages der Anschläge vom 11. September gedacht. Islamistischer Terrorismus war die Ursache. Hier stehen wir wie bei allen anderen Gewalttaten entschieden zusammen, wenn es heißt: Keine Gewalt im Namen von Religion.